

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 306/2010

Sitzung vom 17. November 2010

1629. Anfrage (Strategie Protonentherapie)

Kantonsrätin Theresia Weber-Gachnang, Uetikon a. S., und Kantonsrat Lorenz Schmid, Männedorf, haben am 4. Oktober 2010 folgende Anfrage eingereicht:

Im Januar 2010 gab die Gesundheitsdirektion bekannt, der Kanton beabsichtige, das Paul-Scherrer-Institut (PSI) in der Weiterentwicklung der Protonentherapie aktiv zu unterstützen. Hierfür sollen «zusätzliche Kapazitäten für die klinische Forschung und medizinische Behandlung von Krebspatienten am PSI» geschaffen werden. Der Regierungsrat hat das Universitätsspital und die Universität Zürich ermächtigt, eine «entsprechende Absichtserklärung» zu unterzeichnen. Der Regierungsrat will dem Kantonsrat beantragen, für die Investitionen in die Forschung «20 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds» zu bewilligen. Das PSI ist weltweit eines der wichtigsten Forschungsinstitute für Protonentherapie. Aufgrund dieses Forschungsauftrags ist das PSI aber nicht auf eine klinische Routinebehandlung ausgerichtet und kann nur in beschränktem Ausmass Patienten aufnehmen.

Mit der «Proton Therapy Center Switzerland (PTCS) AG» existiert am oberen Zürichsee ein privatwirtschaftliches Projekt, welches den Bau eines klinischen Zentrums plant. Das PTCS strebt eine Zusammenarbeit mit dem PSI an, sowohl auf technischer wie auch auf klinischer Basis. Dies würde ermöglichen, die benötigten Kapazitäten im klinischen Bereich zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig den Forschungsplatz Schweiz nachhaltig zu stärken durch die Zusammenarbeit der Klinischen Anwendung und der Forschung.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche vertraglichen Vereinbarungen hat der Regierungsrat mit dem PSI im Hinblick auf eine künftige Zusammenarbeit geschlossen?
2. Wie sieht das weitere Vorgehen (Massnahmen, Zeitplan) des Regierungsrats zur Umsetzung der diesbezüglichen Zielsetzungen aus?
3. Wann wird die entsprechende Vorlage dem Kantonsrat vorgelegt?
4. Ist der Regierungsrat bereit, im Gesundheitsbereich private Initiativen zuzulassen? Hält er es für sinnvoll, dass auch im Gesundheitsbereich optimale Rahmenbedingungen für «Public-Private-Partnership» geschaffen werden?

5. Ist das Projekt des geplanten Protonentherapiezentrum am Zürcher Obersee (PTCS) auch Teil der regierungsrätlichen Strategie? Hat der Regierungsrat Kenntnis vom PTCS?
6. Das PTCS hat Medienberichten zufolge dem Universitätsspital bzw. dem Kanton Zürich den Betrieb des Zentrums angeboten. Wie stellt sich die Regierung zu diesem Angebot? Wurde dieses Angebot geprüft? Überlegt sich der Regierungsrat Varianten hierzu (z. B. eine Beteiligung)?
7. Teilt die Kantonsregierung die Einschätzung, dass eine Einbindung des PTCS allenfalls sogar mehr Möglichkeiten eröffnen würde als eine einmalige Investition in ein Forschungsinstitut des Bundes?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Theresia Weber-Gachnang, Uetikon a. S., und Lorenz Schmid, Männedorf, wird wie folgt beantwortet:

Die Protonentherapie ist eine spezifische Form der Strahlentherapie. Sie ist heute vorab bei Augentumoren, gewissen Tumoren der Schädelbasis und zur Krebstherapie im Kindesalter indiziert. Die Kosten dieser Behandlungen werden heute von den Krankenversicherern getragen. Dagegen ist die Anwendung der Protonentherapie bei häufigeren Krebsarten, z. B. bei Prostata-, Lungen- und Brusttumoren erst Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen: eine Überlegenheit gegenüber der Standard-Strahlentherapie ist derzeit nicht erwiesen. Fest steht jedoch, dass mit der Protonentherapie sehr präzise Bestrahlungen vorgenommen werden können, die an die meist unregelmässige Form des Tumors besser angepasst sind und das gesunde Gewebe schonender behandeln als die herkömmlichen Strahlentherapie-Techniken. Für die Zukunft bestehen grosse Hoffnungen und Erwartungen an die Protonenforschung, insbesondere was die Behandlung von sich bewegenden Tumoren (z. B. in Lunge oder Brust) oder von solchen an besonders sensiblen Körperstellen (Gehirn, Kopfbereich und im Bereich der Wirbelsäule) anbelangt, und wo eine möglichst hohe Präzision im Verfahren erforderlich ist.

In der Schweiz führt derzeit nur das überwiegend auf die Forschung ausgerichtete Paul-Scherrer-Institut (PSI) in Villigen AG Protonentherapien durch. Pro Jahr werden dort etwa 350 Patienten und Patientinnen behandelt; ein besonderer Schwerpunkt liegt bei den Augentumoren (rund 200 aller Fälle). Die Protonentherapie wurde an der Sitzung

des Beschlussorgans der Interkantonalen Vereinbarung über die Konzentration und Koordination der hochspezialisierten Medizin (HSM Beschlussorgan) vom 28. Mai 2010 als Bereich der hochspezialisierten Medizin anerkannt und im Interesse einer bedarfsgerechten, qualitativ hochstehenden und wirtschaftlich erbrachten Leistung ausschliesslich dem PSI zugewiesen. Dieser Zuteilungsentscheid ist befristet bis zum 31. Dezember 2013 und an die Auflage geknüpft, die Leitung des medizinischen Bereichs des PSI müsse ausgebaut und stärker an die Universitätsspitäler angelehnt werden. Gegen diesen Entscheid hat die privat betriebene und in Schwyz domizilierte Proton Therapy Center Switzerland (PCTS AG) eine Beschwerde eingereicht, das Verfahren ist zurzeit beim Bundesverwaltungsgericht hängig.

Zu Fragen 1–3:

Es bestehen keine vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Regierungsrat und dem PSI. Hingegen wurde im August 2010 ein Kooperationsvertrag zwischen dem PSI, der Universität Zürich (UZH) und dem Universitätsspital Zürich (USZ) abgeschlossen, der auf eine grundsätzliche Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Protonentherapie abzielt. Dazu ist geplant, dass die drei Institutionen beim Lotteriefonds des Kantons einen Förderbeitrag von 20 Mio. Franken beantragen. Mit diesem Beitrag soll am PSI eine zusätzliche Gantry (Behandlungsplatz) gebaut werden. Diese neu zu erstellende Gantry soll der UZH und den universitären Spitalern (USZ und dem Kinderspital) schwergewichtig zur klinischen Forschung an Patientinnen und Patienten, insbesondere hinsichtlich des Anwendungspotenzials auf neue Indikationen und in zweiter Linie auch zur Behandlung in bereits anerkannten Indikationstellungen zur Verfügung stehen. Unter anderem regelt der Vertrag auch die Leitung und den Betrieb der Gantry sowie die Nutzung der im Rahmen der gemeinsamen klinischen Forschung auf dem Gebiet der Protonentherapie entstehenden Immaterialgüterrechte.

Die Geltung und die Umsetzung des Kooperationsvertrages sind vollständig an die Genehmigung des Förderbeitrages durch den Regierungsrat und anschliessend durch den Kantonsrat geknüpft. Die Gesuchstellung durch die drei Institutionen UZH, USZ und PSI wird auf Ende November in Aussicht gestellt. Im Anschluss daran bestehen die nächsten Schritte in der Entscheidungsfindung im Regierungsrat sowie in der Beschlussfassung durch den Kantonsrat. Ziel wäre es, die neu zu erstellende Gantry am PSI viereinhalb Jahre nach Bewilligung des Förderbeitrages in Betrieb zu nehmen.

Zu Frage 4:

Der auf partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft beruhende Ansatz Public-Private-Partnership (PPP) zur Effizienzsteigerung oder zur gemeinsamen Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist dem Regierungsrat bekannt. Die Rahmenbedingungen, denen konkrete PPP-Vorhaben zu genügen haben, sind im Wesentlichen in Art. 98 der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 (KV, LS 101) festgelegt.

Im Kanton Zürich und gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung und der medizinischen Forschung besteht eine lange Tradition von erfolgreichen Kooperationen zwischen öffentlicher Hand und der Privatwirtschaft (private Spitalträgerschaften [etwa Kinderspital, Uniklinik Balgrist], Forschungsbeiträge der Industrie).

Zu Fragen 5–7:

Wie die PCTS AG selber bekannt gemacht hat, plant sie in Galgenen den Bau und den Betrieb eines eigenen Protonentherapiezentrum mit angegliedertem Schulungszentrum und Klinikhotel. Das Zentrum soll seinen Betrieb 2013 oder 2014 aufnehmen und im Vollausbau eine jährliche Therapiekapazität von gegen 3000 Patientinnen und Patienten aufweisen.

Der Regierungsrat verfolgt die Entwicklungen im Bereich der Protonentherapie seit Jahren: Bereits 2006 hat er sich mit der Einrichtung eines Protonentherapiezentrum in Zürich befasst. Angesichts der erheblichen Investitions- und Betriebskosten und der Unsicherheiten in der Technologieentwicklung entschied er sich gegen den Bau eines eigenen Zentrums und beauftragte die Gesundheitsdirektion mit der Evaluation einer alternativen, kostengünstigeren Möglichkeit. Im Rahmen der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin bildet die Protonentherapie jedoch weiterhin einen als vordringlich eingestuftem Bereich. Für die bisher massgebliche Positionierung von UZH und USZ in der Erforschung und Behandlung von Krebserkrankungen ist eine Beteiligung an der Weiterentwicklung der Protonentherapie mit ihrem grossen Innovationspotenzial von zentraler Bedeutung. Nach einer Prüfung möglicher Szenarien der Einbindung der Protonentherapie in das medizinische Versorgungs- und Forschungskonzept geben UZH und USZ einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem national und international auf dem Gebiet der Protonen führenden und renommierten PSI gegenüber der Kooperation mit der PCTS AG den Vorrang.

Der jetzt von UZH und USZ mit dem Kooperationsvertrag verfolgte Weg, die Protonentherapie gemeinsam weiterzuentwickeln und dieses international führende Institut bei der Einrichtung eines dritten

Therapieplatzes zu unterstützen, erscheint als derzeit realistischere und auch kostengünstigere Option. Mit der vorgesehenen Verstärkung der Zusammenarbeit von UZH und USZ mit dem PSI könnten bestehende Synergien genutzt und neue geschaffen werden. Die bestehenden Kapazitäten werden massvoll erweitert und auch die klinische Erforschung der Protonentherapie, insbesondere die Evaluation neuer klinischer Indikationen, kann mit dem PSI optimal vorangetrieben werden. Mittelfristig kann dies zur Erschliessung des gesamten Anwendungsspektrums der Protonentherapie führen.

Da die Protonentherapie in vielen Bereichen noch nicht näher erforscht und sehr kostenintensiv ist, wird die Zukunft der Behandlungsform über alles betrachtet massgeblich von den Ergebnissen der klinischen Erforschung und dem laufenden technisch-apparativen Fortschritt und auch der zukünftigen Entwicklung der konservativen Strahlentherapien abhängen. Vor diesem Hintergrund ist die Erstellung und der Betrieb eines Grosszentrums, wie sie die PCTS AG in Galgenen, plant, mutig und risikoreich. Ausserdem würden damit bereits kurz- bis mittelfristig Behandlungskapazitäten für ein Vielfaches des heute bestehenden gesicherten Bedarfs in der Protonentherapie geschaffen. Dies hat erfahrungsgemäss zur Folge, dass die einmal geschaffenen Kapazitäten trotz unsicherer Indikationslage ausgenützt würden. Ein weiterer Kostenschub im bereits angespannten Gesundheitssektor wäre die Folge.

Auch vor dem Hintergrund des eingangs erwähnten Entscheids des Beschlussorgans der IVHSM vom Mai 2010, die Protonentherapie dem PSI zuzuweisen, besteht für den Kanton Zürich derzeit kein Handlungsspielraum für eine Zusammenarbeit mit der PCTS AG.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi